

Stenographischer Bericht

über die

20. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 28. November 1919.

Inhalt:

Urlaubsbewilligung.

Antrag der Abgeordneten Jenz, Gaf, Riemer, Schifko, Siegl und Genossen, betreffs Neuregelung der Viehaufbringung.

Antrag der Abgeordneten Rudel-Zeynek und Genossen, betreffend das Goldaufkaufunwesen und die damit verbundene Verschleppung dieses wichtigsten Zahlungsmittels.

Antrag der Abgeordneten Kaufmann und Genossen, betreffend die Besserstellung der vor dem 1. Mai 1914 in den Ruhestand getretenen Lehrpersonen.

Antrag der Abgeordneten Schreckenthal, Doktor Klusemann und Genossen, betreffend die gleichmäßige Zuweisung von Petroleum an die Forst- und Landwirtschaft.

Antrag der Abgeordneten Kaufmann, Graupp, Steinberger und Genossen, betreffend die Verwertung der Perbersdorfer Mineralquelle und die Errichtung einer Kuranstalt in Perbersdorf-Sauerbrunn.

Antrag der Abgeordneten Rieckh und Genossen, betreffend die Erhöhung der Gebühren für die Schubbeförderung.

Auflage (Beilagen Nr. 293 bis 301).

Zuweisungen, und zwar:

1. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates, betreffend die formelle Behandlung von Landtagsbeschlüssen (Beilage Nr. 293), an den Gemeinde- und Verfassungsausschuß;

2. des Antrages der Abgeordneten Jenz, Gaf, Riemer, Schifko, Siegl und Genossen, betreffs Neuregelung der Viehaufbringung (Beilage Nr. 294), an den Landeskulturausschuß;

3. des Antrages der Abgeordneten Rudel-Zeynek und Genossen, betreffend das Goldaufkaufunwesen und die damit verbundene Verschleppung dieses wichtigsten Zahlungsmittels (Beilage Nr. 295), an den volkswirtschaftlichen Ausschuß;

4. des Antrages der Abgeordneten Kaufmann und Genossen, betreffend die Besserstellung der

vor dem 1. Mai 1914 in den Ruhestand getretenen Lehrpersonen (Beilage Nr. 296),

an den vereinigten Finanz- und Unterrichtsausschuß;

5. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Einrechnung der gesamten Landesdienstzeit für die Vorrückung und die Pensionsbemessung der Diener (Beilage Nr. 297), an den Finanzausschuß;

6. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates über außerordentliche Zuwendungen an den Anna-Kinderhospitalsverein in Graz (Beilage Nr. 298), an den Finanzausschuß;

7. des Antrages der Abgeordneten Schreckenthal, Dr. Klusemann und Genossen, betreffend die gleichmäßige Zuweisung von Petroleum an die Forst- und Landwirtschaft (Beilage Nr. 299),

an den vereinigten Landeskultur- und volkswirtschaftlichen Ausschuß;

8. des Antrages der Abgeordneten Kaufmann, Graupp, Steinberger und Genossen, betreffend die Verwertung der Perbersdorfer Mineralquelle und die Errichtung einer Kuranstalt in Perbersdorf-Sauerbrunn (Beilage Nr. 300),

an den volkswirtschaftlichen Ausschuß;

9. des Antrages der Abgeordneten Rieckh und Genossen, betreffend die Erhöhung der Gebühren für die Schubbeförderung (Beilage Nr. 301), an den vereinigten Finanz- und Gemeindeausschuß.

Überweisungen von Vorlagen, und zwar:

1. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates über den Ausbau der steirischen Wasserkräfte (Beilage Nr. 211),

vom volkswirtschaftlichen Ausschusse an den vereinigten Finanz- und volkswirtschaftlichen Ausschuß;

2. des Antrages der Abgeordneten Fasching, Rahner und Genossen, auf Rückerstattung der Abzüge bei unrichtiger Anwendung der Zwangsabnahmebestimmungen (Viehrequirierung) (Beilage Nr. 89),

vom volkswirtschaftlichen Ausschusse an den vereinigten Landeskultur- und volkswirtschaftlichen Ausschuh;

3. des Berichtes des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Subventionierung des steirischen Siedlungswerkes (Beilage Nr. 146),

vom volkswirtschaftlichen Ausschusse an den vereinigten Finanz- und volkswirtschaftlichen Ausschuh;

4. des Antrages der Abgeordneten Rudel-Jeynek, Kratochwill, Kaufmann, Siegl und Genossen, betreffend die Errichtung von Kurten für den Unterricht im Schreiben mit der linken Hand (Beilage Nr. 286),

vom Unterrichtsausschusse an den vereinigten Finanz- und Unterrichtsausschuh;

5. des Antrages der Abgeordneten Kaufmann, Paul, Tomaschik und Genossen, betreffend die Einreihung verschiedener Orte hinsichtlich des Diensteseinkommens der Volks- und Bürgerschullehrer in die I. Diensteszulagenklasse (Beilage Nr. 280),

vom Unterrichtsausschusse an den vereinigten Finanz- und Unterrichtsausschuh;

6. des Antrages der Abgeordneten Weingärtner, Steinberger, Jaklitsch und Genossen, betreffend den Ausbau des Fahrweges von Waldbach über St. Jakob im Walde nach Kettenegg zur Bezirksstraße (Beilage Nr. 204), und

7. des Antrages der Abgeordneten Riemer, Tomaschik und Genossen, betreffend die Herstellungskosten der Bezirksstraße zweiter Klasse St. Martin a. W.—Puchbach—Köflach, lang 8 Kilometer, des Bezirkes Voitsberg (Beilage Nr. 111),
an den zu wählenden Straßen- und Brücken-

ausschuh.

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Antrag der Abgeordneten Peter Peintinger, Möstl, Tomaschik und Genossen, Beilage Nr. 87, betreffend Straßenbau Passail—Grohneiten. (Annahme des Antrages des Finanzausschusses.)

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates über die Petition des Beamten beim Landesamte für die Verbrauchssteuereinhebung Alois Mahnic, Beilage Nr. 229, um Aufhebung der durch den Landesrat verfügten Enthebung von seinem Dienstposten. (Annahme des Antrages des Finanzausschusses.)

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates über die Petition Nr. 25 des Rupert Ebner, Titularoffizial der Landesverorgungsanstaltenverwaltung, Beilage Nr. 231, um Dienstzeiteinrechnung für die Vorrückung und Zuweisung einer Nachtragszahlung. (Annahme des Antrages des Finanzausschusses.)

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, über die Petitionen des Landes-Irrenwärters Georg Theußl und der Wärterswitwe Margareta Roschik (Petitionsnummern 4 und 23), Beilage Nr. 257. (Annahme des Antrages des Finanzausschusses.)

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 253, in Angelegenheit einiger Ansuchen anlässlich von Pensionierungen. (Oberoffiziant Oskar Werle, Drucker Johann Schwarz und Landhausforwart Anton Sommer.) (Annahme des Antrages des Finanzausschusses.)

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 252, betreffend die Gewährung einer Gnadenpension von 800 K jährlich an die gewesene Lehrerin Irene Klemen, geb. Hieß. (Annahme des Antrages des Finanzausschusses.)

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 251, betreffend die Gewährung einer Gnadenpension von jährlich 800 K an die Lehrerswitwe Milla Stranig in Heßendorf bei Judenburg. (Annahme des Antrages des Finanzausschusses.)

Mündlicher Bericht des Eisenbahnausschusses über den Antrag der Abgeordneten Refel, Lindner, Weigelberger und Genossen, Beilage Nr. 234, betreffend den Bau einer Bahnlinie von Gleisdorf über Ilz nach Fürstensefeld und Westungarn. (Annahme des Antrages des Eisenbahnausschusses.)

Mündlicher Bericht des Eisenbahnausschusses über den Antrag der Abgeordneten Saringer, Friepertinger und Genossen, Beilage Nr. 244, betreffend den Bahnbau Köflach—Knittelfeld. (Annahme des Antrages des Eisenbahnausschusses.)

Mündlicher Bericht des Eisenbahnausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 256, betreffend die Schaffung der Stelle eines technischen Referenten im Landeseisenbahnamate. (Annahme des Antrages des Eisenbahnausschusses.)

Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Eisenbahnausschusses über den Antrag der Abgeordneten Gufmann, Fink, Kölbl und Genossen, Beilage Nr. 116, betreffend eine Beitragsleistung des Landes für die Weiterführung des Bahnbaues Feldbach—Gleichenberg—Purkla. (Annahme des Antrages des vereinigten Finanz- und Eisenbahnausschusses.)

Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Eisenbahnausschusses über den Antrag der Abgeordneten Gaf, Ritter, Prisching und Genossen, Beilage Nr. 177, auf Vermehrung des Wagenparks der Strecke Kapfenberg—Au-Seewiesen

der steirischen Landesbahnen. (Annahme des Antrages des vereinigten Finanz- und Eisenbahnausschusses.)

Mündlicher Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Kaufmann, Kölbl, Jach, Rudel-Zeynek und Genossen, Beilage Nr. 236, betreffend die Bewilligung der 50prozentigen Fahrpreismäßigung für Lehrpersonen und Religionslehrer mittels Legitimationen. (Annahme des Antrages des Unterrichtsausschusses.)

Mündlicher Bericht des Unterrichtsausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, womit § 1, Punkt 3 des Gesetzes vom 4. Juli 1919, L.-G.-Bl. Nr. 115, Beilage Nr. 266, betreffend das Dienstfeinkommen der Volks- und Bürgerschullehrerschaft, ihre Versetzung in den Ruhestand und die Versorgung ihrer Hinterbliebenen, abgeändert wird. (Annahme des Antrages des Unterrichtsausschusses und des von ihm vorgelegten Gesetzentwurfes.)

Mündlicher Bericht des Unterrichtsausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, womit einzelne Bestimmungen des Gesetzes vom 8. Februar 1869, L.-G.-Bl. Nr. 11, Beilage Nr. 267, betreffend die Schulaufsicht, abgeändert werden. (Annahme des Antrages des Unterrichtsausschusses und des von ihm vorgelegten Gesetzentwurfes.)

Mündlicher Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Wastian, Kölbl, Suppanz und Genossen, Beilage Nr. 272, in Betreff der Behandlung der deutschen aktiven Lehrerschaft der früher strittigen und nunmehr durch den Friedensvertrag von St. Germain jugoslawisch gewordenen Gebiete Untersteiermarks mit Ausnahme der Stadt Marburg a. d. Dr. (Annahme des Antrages des Unterrichtsausschusses.)

Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses über den Antrag der Abgeordneten Pigl und Genossen, Beilage Nr. 200, betreffs Gewährung einer Subvention von 60.000 K zum Bau der Landauerbrücke im Gemeindegebiete Frauendorf-Unzmarkt. (Annahme des Antrages des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses.)

Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses über den Antrag der Abgeordneten Fasching und Genossen, Beilage Nr. 56, betreffend den Ausbau des Fahrweges, der vom Kurorte Gleichenberg über den Eichgraben durch Gossendorf führt und in die Bezirksstraße Klauseu-Löbbersdorf mündet, zur Bezirksstraße. — (Annahme des Antrages des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses.)

Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses über den

Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 255, betreffend Erhöhung der Löhne für die Vorarbeiter in den Landesforsten. (Annahme des Antrages des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses und des Zusatzantrages des Landesrates Resel.)

Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses über den Antrag der Abgeordneten Tomaschik, Lausmann, Gölles, Riemer und Genossen, Beilage Nr. 104, betreffend die Inangriffnahme der notwendigen Uferschutzbauten am Rainachflusse in den Gemeinden Pehendorf und Zwaring. (Annahme des Antrages des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses.)

Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses über den Antrag der Abgeordneten Franz Thoma und Genossen, Beilage Nr. 207, betreffend die Durchführung der Vorarbeiten für den Straßenbau Donnersbach-Donnersbachwald. (Annahme des Antrages des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses.)

Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 262, betreffend die Deckung allfälliger Verlagsabgänge bei den Fluß- und Bachregulierungs-Notstandsbauten. (Annahme des Antrages des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses.)

Mündlicher Bericht des vereinigten Landeskultur- und Gemeindeausschusses über den Antrag der Abgeordneten Kamillo Kurk und Genossen, Beilage Nr. 118, betreffend die Verlängerung der Rekursanmeldedfrist und der Rekursausführung bei Verhängung von Strafen seitens der politischen Behörden. (Annahme des Antrages des vereinigten Landeskultur- und Gemeindeausschusses.)

Mündlicher Bericht des vereinigten Landeskultur- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Riegler, Prisching, Ritter und Genossen, Beilage Nr. 101, wegen Lieferungsanschreibungen bei der österreichischen Staatsbahndirektion. (Annahme des Antrages des vereinigten Landeskultur- und volkswirtschaftlichen Ausschusses.)

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, betreffend die formelle Behandlung von Landtagsbeschlüssen, Beilage Nr. 293. (Annahme des Antrages des Gemeinde- und Verfassungsausschusses und der von ihm gefaßten Entschlieung und des vorgelegten Gesetzentwurfes.)

Beginn der Sitzung: 3 Uhr 55 Minuten nachmittags.

Vorsitzender: Landeshauptmann Dr. Anton Rinkelen.

Schriftführer: Die Abgeordneten Georg Gaf, Karl Gföller und Franz Thoma.

Landeshauptmann: Ich eröffne die 20. Sitzung.

Der Herr Abgeordnete Weigelberger hat ersucht, ihn mit Rücksicht auf seinen Krankheitszustand und auf die Fülle öffentlicher Arbeit für diese Session zu beurlauben. Auf Grund des § 8 der Geschäftsordnung ersuche ich um Bekanntgabe, ob gegen diesen Urlaub eine Einwendung erhoben wird. (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall, der Urlaub gilt also als erteilt.

In der letzten Sitzung sind nachstehende Anträge eingebracht worden:

Antrag der Abgeordneten Jenz, Gaf, Riemer, Schifko, Siegl und Genossen, betreffend Neuregelung der Viehaufbringung.

Antrag der Abgeordneten Rudel-Zeynek und Genossen, betreffend das Goldaufkaufwesen und die damit verbundene Verschleppung dieses wichtigsten Zahlungsmittels.

Antrag der Abgeordneten Kaufmann und Genossen, betreffend die Besserstellung der vor dem 1. Mai 1914 in den Ruhestand getretenen Lehrpersonen.

Antrag der Abgeordneten Schreckenthall, Dr. Klusemann und Genossen, betreffend die gleichmäßige Zuweisung von Petroleum an die Forst- und Landwirtschaft.

Antrag der Abgeordneten Kaufmann, Graupp, Steinberger und Genossen, betreffend die Verwertung der Perbersdorfer Mineralquelle und die Errichtung einer Kuranstalt in Perbersdorf-Sauerbrunn.

Antrag der Abgeordneten Rieckh und Genossen, betreffend die Erhöhung der Gebühren für die Schubförderung.

Aufgelegt sind heute die Beilagen Nr. 293 bis 301, die ich den kompetenten Ausschüssen zuweise wie folgt:

Beilage Nr. 293 dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß;

Beilage Nr. 294 dem Landeskulturausschuß;

Beilage Nr. 295 dem volkswirtschaftlichen Ausschuß;

Beilage Nr. 296 dem Finanz- und Unterrichtsausschuß;

Beilage Nr. 297 dem Finanzausschuß;

Beilage Nr. 298 dem Finanzausschuß;

Beilage Nr. 299 dem Landeskultur- und volkswirtschaftlichen Ausschuß;

Beilage Nr. 300 dem volkswirtschaftlichen Ausschuß;

Beilage Nr. 301 dem Finanz- und Gemeindeausschuß.

Ferner habe ich folgendes mitzuteilen:

Über Wunsch des volkswirtschaftlichen Ausschusses wurde Beilage Nr. 211, Bericht des steiermärkischen Landesrates über den Ausbau der steirischen Wasserkräfte, dem vereinigten Finanz- und volkswirtschaftlichen Ausschuß zugewiesen;

Beilage Nr. 89, Antrag der Abgeordneten Fajching, Rainer und Genossen auf Rückerstattung der Abzüge bei unrichtiger Anwendung der Zwangsabnahmebestimmungen (Viehrequirierung),

dem vereinigten Landeskultur- und volkswirtschaftlichen Ausschuß;

der Bericht des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Subventionierung des steirischen Siedlungswerkes (Beilage Nr. 146),

dem vereinigten Finanz- und volkswirtschaftlichen Ausschuß;

ferner über Wunsch des Unterrichtsausschusses:

der Antrag der Abgeordneten Rudel-Zeynek, Kratochwill, Kaufmann, Siegl und Genossen, betreffend die Errichtung von Kursen für den Unterricht im Schreiben mit der linken Hand (Beilage Nr. 286), und

der Antrag der Abgeordneten Kaufmann, Paul, Tomaschik und Genossen, betreffend die Einreihung verschiedener Orte hinsichtlich des Diensteseinkommens der Volks- und Bürgerschullehrer in die I. Diensteszulagenklasse (Beilage Nr. 280), sowie die Petition Nr. 47 des Verbandes jugendlicher Arbeiter Österreichs, Land Steiermark, betreffend Gewerbeschulreform,

dem vereinigten Finanz- und Unterrichtsausschuß.

Endlich werden der

Antrag der Abgeordneten Weingärtner, Steinberger, Jaklitsch und Genossen, betreffend den Ausbau des Fahrweges von Waldbach über St. Jakob im Walde nach Reftenegg zur Bezirksstraße (Beilage Nr. 204), und der

Antrag der Abgeordneten Riemer, Tomaschik und Genossen, betreffend die Herstellungskosten der Bezirksstraße 2. Klasse, St. Martin a. W.—Puch-

bach—Köflach, lang 8 Kilometer, des Bezirkes Voitsberg (Beilage Nr. 111),

einem neuzubildenden Straßen- und Brücken-
ausschusse zugewiesen.

Schließlich mache ich bekannt, daß der Antrag der Abgeordneten Fasching und Genossen, betreffend den Bau einer telegraphischen, eventuell einer telephonischen Verbindung von Fehring über Kapfenstein, St. Anna am Algen und Tieschen nach Halbenrain durch den in der letzten Sitzung gefaßten Zusatzantrag des Abgeordneten Fasching erledigt ist und daß der

Antrag der Abgeordneten Lang, Gassl und Genossen auf Ausfolgung von größeren Quantitäten Petroleum für die landwirtschaftliche Bevölkerung während der Zeit des Kukuruzschälens und der Wein- und Obstmostbereitung (Beilage Nr. 206)

laut Mitteilung des volkswirtschaftlichen Ausschusses als gegenstandslos zurückgezogen ist.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Uhrer**: Ich möchte mir den Vorschlag zu machen erlauben, daß der Verfassungs- und Gemeindevorschuss sofort zusammentritt, behufs Beratung der Beilage Nr. 293, damit sie erledigt und auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt werden kann. Es ist dies eine terminierte Beilage, die bis 3. Dezember erledigt sein muß.

Landeshauptmann: Ich schließe mich, wenn kein Widerspruch erfolgt, dem Antrage an und bitte die Mitglieder des Verfassungsausschusses, sich behufs Beratung zurückzuziehen.

Das Wort hat Herr Abgeordneter **Kratochwill** zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Antrag der Abgeordneten Peter Peintinger, Möstl, Tomaschitz und Genossen, Beilage Nr. 87, betreffend Straßenbau Passail—Frohnleiten.

Berichterstatter des Finanzausschusses **Kratochwill** (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Ich berichte über die Beilage Nr. 87, Antrag der Abgeordneten Peter Peintinger, Möstl, Tomaschitz und Genossen, betreffend den Straßenbau Passail—Frohnleiten. Die Beratung im Finanzausschusse hat zu einem Abänderungsantrage geführt, welcher lautet (liest):

„Der Landesrat wird beauftragt, ehestens über den Bau der Straße Passail—Frohnleiten die notwendigen Kosten und deren Bedeckung Erhebungen zu pflegen und hierüber dem Landtage zu berichten.“

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

(Der Antrag des Finanzausschusses wird einstimmig angenommen.)

Landeshauptmann: Derselbe Herr Abgeordnete zum nächsten Punkt der Tagesordnung, das ist der

mündliche Bericht des Finanzausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates über die Petition des Beamten beim Landesamte für die Verbrauchssteuereinhebung Alois Mahnič, Beilage Nr. 229, um Aufhebung der durch den Landesrat verfügten Enthebung von seinem Dienstposten.

Berichterstatter des Finanzausschusses **Kratochwill** (von der Rednerbühne): Ich habe weiter zu berichten über die Beilage Nr. 229, Bericht des steiermärkischen Landesrates über die Petition des Beamten beim Landesamte für die Verbrauchssteuereinhebung Alois Mahnič um Aufhebung der durch den Landesrat verfügten Enthebung von seinem Dienstposten. Die Petition wurde im Finanzausschusse beraten und der Antrag des Landesrates (liest):

„Der hohe Landtag wolle die als Rekurs bezeichnete Petition des Alois Mahnič um Aufhebung der vom Landesrate verfügten Enthebung von seinem Dienstposten als Beamter des Landesamtes für die Verbrauchssteuereinhebung abweisen“

unverändert angenommen.

Ich bitte um die Annahme des Antrages.

(Der Antrag des Finanzausschusses wird einstimmig angenommen.)

Landeshauptmann: Derselbe Herr Abgeordnete zum nächsten Punkt der Tagesordnung, das ist der

mündliche Bericht des Finanzausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates über die Petition Nr. 25 des Rupert Ebner, Titularoffizial der Landesversorgungsanstaltenverwaltung, Beilage Nr. 231, um Dienstzeiteinrechnung für die Vorrückung und Zuweisung einer Nachtragszahlung.

Berichterstatter des Finanzausschusses **Kratochwill** (von der Rednerbühne): Den Bericht Nr. 231 des steiermärkischen Landesrates über die Petition Nr. 25 des Rupert Ebner, Titularoffizial der Landesversorgungsanstaltenverwaltung um Dienstzeiteinrechnung für die Vorrückung und Zuweisung einer Nachtragszahlung, hat der Finanzausschuss einer Beratung unterzogen und mit Rücksicht darauf, daß der Petent stets nach den Bestimmungen der Dienstpragmatik vorgeht und keinerlei Benachteiligung erlitten hat, den Antrag des Landesrates auf Kenntniznahme seines Berichtes unverändert angenommen.

(Der Antrag des Finanzausschusses wird einstimmig angenommen.)

Landeshauptmann: Herr Abgeordneter **Hartleb** hat das Wort zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, über die Petitionen des Landes-Irrenwärters Georg Theußl und der Wärterswitwe Margareta Roschitz (Petitionsnummern 4 und 23), Beilage Nr. 257.

Berichterstatter des Finanzausschusses **Hartleb** (von der Rednerbühne): Hoher Landtag! Ich habe zu berichten über die Beilage Nr. 257. Es betrifft dieselbe eine Petition des Landes-Irrenwärters **Georg Theußl** und der Wärterswitwe **Margareta Roschitz**. Der Finanzausschuß hat sich mit diesen Petitionen beschäftigt und ist der Antrag, der angenommen wurde, gleich dem der Beilage Nr. 257. Ich bitte Sie, um Annahme dieses Antrages.

(Der Antrag des Finanzausschusses wird einstimmig angenommen.)

Landeshauptmann: Derselbe Herr Abgeordnete zum nächsten Punkte der Tagesordnung, das ist der

mündliche Bericht des Finanzausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 253, in Angelegenheit einiger Ansuchen anlässlich von Pensionierungen. (Oberoffiziant Oskar Werle, Drucker Johann Schwarz und Landhausforwart Anton Sommer.)

Berichterstatter des Finanzausschusses **Hartleb** (von der Rednerbühne): Ich habe weiter zu berichten über die Beilage Nr. 253, wegen Pensionierung des Oberoffizianten **Oskar Werle**, des Druckers **Josef Schwarz** und des Landhausforwartes **Anton Sommer**. Der Finanzausschuß hat einen Antrag gleichlautend mit dem in der Beilage Nr. 253 enthaltenen angenommen und bittet Sie, auch dasselbe zu tun.

(Der Antrag des Finanzausschusses wird einstimmig angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der

mündliche Bericht des Finanzausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 252, betreffend die Gewährung einer Gnadenpension von 800 K jährlich an die gewesene Lehrerin Irene Klemen, geb. Hieß.

Berichterstatter des Finanzausschusses **Hartleb** (von der Rednerbühne): Ich habe weiter zu berichten über die Beilage Nr. 252, Bericht des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Gewährung einer Gnadenpension von 800 K jährlich an die gewesene Lehrerin

Irene Klemen geb. **Hieß**. Der Antrag ist gleichlautend mit dem der Beilage Nr. 252 und bitte ich das hohe Haus um die Annahme desselben.

(Der Antrag des Finanzausschusses wird einstimmig angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der

mündliche Bericht des Finanzausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 251, betreffend die Gewährung einer Gnadenpension von jährlich 800 K an die Lehrerswitwe Milla Stranig in Segendorf bei Judenburg.

Berichterstatter des Finanzausschusses **Hartleb** (von der Rednerbühne): Ich habe weiter zu berichten über die Beilage Nr. 251, Bericht des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Gewährung einer Gnadenpension von jährlich 800 K an die Lehrerswitwe **Milla Stranig**. Der Antrag ist gleichlautend mit dem der Beilage Nr. 251 und ich bitte Sie um die Annahme desselben.

(Der Antrag des Finanzausschusses wird einstimmig angenommen.)

Landeshauptmann: Herr Abgeordneter **Saringer** hat das Wort zum

mündlichen Berichte des Eisenbahnausschusses über den Antrag der Abgeordneten Kessel, Lindner, Weigelberger und Genossen, Beilage Nr. 234, betreffend den Bau einer Bahnlinie von Gleisdorf über Ilz nach Fürstenfeld und Westungarn.

Berichterstatter des Eisenbahnausschusses **Saringer** (von der Rednerbühne): Hoher Landtag! Ich habe zu berichten über die Beilage Nr. 234. Es haben die Abgeordneten **Kessel**, **Weigelberger**, **Lindner** und **Genossen** einen Antrag gestellt über den Bau einer Bahnlinie von Gleisdorf über Ilz nach Fürstenfeld und Westungarn. Der Eisenbahnausschuß hat sich mit dieser Beilage befaßt und hat den Antrag gestellt, den Antrag sowie er gestellt wurde, anzunehmen. Ich bitte deshalb um die Annahme dieses Antrages.

(Der Antrag des Eisenbahnausschusses wird einstimmig angenommen.)

Landeshauptmann: Derselbe Herr Abgeordnete zum nächsten Punkte der Tagesordnung, das ist der **mündliche Bericht des Eisenbahnausschusses über den Antrag der Abgeordneten Saringer, Friepertinger und Genossen, Beilage Nr. 244, betreffend den Bahnbau Köflach—Knittelfeld.**

Berichterstatter des Eisenbahnausschusses **Saringer** (von der Rednerbühne): Ich habe weiter zu berichten

über den Antrag der Abgeordneten Saringer, Friepertinger und Genossen, betreffend den Bahnbau Köflach—Knittelfeld. Dieser Antrag lautet (liest):

„Der Landesrat wird aufgefordert, das Bahnbauprojekt Köflach—Knittelfeld in den Eisenbahnbauplan aufzunehmen und die Ausführung dieses Baues ehestens zu ermöglichen.“

Der Eisenbahnausschuß hat diesen Antrag ebenfalls angenommen und empfiehlt Ihnen denselben ebenfalls zur Annahme.

(Der Antrag des Eisenbahnausschusses wird einstimmig angenommen.)

Landeshauptmann: Das Wort hat Herr Abgeordneter Fröhlich zu Punkt 10:

Mündlicher Bericht des Eisenbahnausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 256, betreffend die Schaffung der Stelle eines technischen Referenten im Landeseisenbahnamt.

Berichterstatter des Eisenbahnausschusses Fröhlich (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Ich habe zu berichten über die Beilage Nr. 256, Bericht des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Schaffung der Stelle eines technischen Referenten im Landeseisenbahnamt. Der Landesrat stellt den Antrag (liest):

„Im steiermärkischen Landeseisenbahnamt in Graz ist die Stelle eines Ingenieurs auszuscheiden. In der Ausschreibung ist der Nachweis zu fordern, daß die Bewerber bereits im Eisenbahnbau-, Projektierungs-, Trassierungs- und Eisenbahnerhaltungsdienste erfolgreich tätig waren, so daß sie imstande sind, die Aufstellung eines entsprechenden Eisenbahnbauvorschlages durchzuführen. Die Anstellung hätte vorläufig auf ein Jahr provisorisch zu erfolgen. Hinsichtlich der Höhe der Bezüge, der Einrechnung von Dienstjahren, sowie des allfälligen Anspruches auf Versorgungsgenüsse haben die Bewerber ihre Anforderungen bekanntzugeben und wird der Landesrat ermächtigt, mit geeigneten Bewerbern diesfalls in Verhandlung zu treten, sowie nach Abschluß der Verhandlungen mit der Anstellung vorbehaltlich der Genehmigung des Landtages vorzugehen.“

Der Eisenbahnausschuß hat sich in seiner Sitzung damit beschäftigt, und bringt den Antrag in der Fassung des steiermärkischen Landesrates vor. Ich bitte daher um die Annahme in der vollen Fassung.

(Der Antrag des Eisenbahnausschusses wird einstimmig angenommen.)

Landeshauptmann: Herr Abgeordneter Fink zum nächsten Punkte, dem

mündlichen Berichte des vereinigten Finanz- und Eisenbahnausschusses über den Antrag der Abgeordneten Gutmann, Fink, Kölbl und Genossen, Beilage Nr. 116, betreffend eine Beitragsleistung des Landes für die Weiterführung des Bahnbaues Feldbach—Gleichenberg—Purkla.

Berichterstatter des vereinigten Finanz- und Eisenbahnausschusses Fink (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Ich habe die Ehre zu berichten über den Antrag der Abgeordneten Gutmann, Fink, Kölbl und Genossen, betreffend eine Beitragsleistung des Landes für die Weiterführung des Bahnbaues Feldbach—Gleichenberg—Purkla. Eine Lebensfrage für die südliche Oststeier, zumal für die Zukunft, ist der endliche Ausbau der Bahnlinie Feldbach—Gleichenberg—Purkla. Das Detailprojekt liegt vor. Die Kosten für die Strecke Feldbach—Gleichenberg betragen noch ungefähr 20.000.000 K. Von der Militärbauleitung sind 7 Kilometer im Unterbau bereits fertiggestellt.

Vor dem Kriege wurden für diese Linie folgende Summen gezeichnet: von der Stadt Feldbach 100.000 K; vom Bezirke Feldbach 200.000 K; vom Aktienvereine Gleichenberg 200.000 K und von der Gemeinde Gleichenberg 200.000 K.

Es ist von Seite des Verkehrsministers eine Beitragsleistung von rund 6 Millionen Kronen in Aussicht genommen. Daher hat der vereinigte Finanz- und Eisenbahnausschuß folgenden Antrag vorgelegt und erlaube ich mir denselben zu verlesen (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Die Weiterführung des Bahnbaues Feldbach—Gleichenberg—Halbturn—Radkersburg hat unter allen Umständen zu erfolgen. Der Landesrat wird beauftragt, die Frage zu studieren, ob es für das Land vorteilhafter sei, diesen Bahnbau als eine Landesbahn oder durch Gründung einer Aktiengesellschaft, bei welcher das Land sich den maßgebenden Einfluß vorzubehalten hat, auszubauen.“

Die zu diesem Baue erforderlichen Mittel wären im Voranschlage 1920 in der außerordentlichen Gebarung einzustellen.“

Ich erlaube mir, nachfolgendes hinzuzufügen. Dieser Bahnbau ist äußerst wichtig und gehört zu den notwendigsten und dringlichsten Bahnbauteilen unserer Steiermark. Es sei nicht gesagt, daß der Ausbau der Bahn nach Mariazell oder der Bahn von Gleisdorf nach Hartberg nicht auch wichtig und notwendig ist. Aber dieses Projekt ist das allerälteste, welches in Steiermark

besteht, denn es datiert über 30 Jahre zurück und in der Sitzung vom 24. Februar 1914 wurde schon vom vereinigten Finanz- und Eisenbahnausschusse diesem hohen Hause ein Antrag vorgelegt, es werde die Heranziehung des Landes zur Kapitalsbeschaffung für den Bau der Bahn Feldbach—Gleichenberg—Radkersburg, genehmigt. Ob der Bahnanschluß an das Murtal, in Purkla, Halbenrain oder Radkersburg zu erfolgen hat, das wird eine hiezu zu bestimmende Kommission zu beschließen haben, wobei die finanziellen und wirtschaftlichen Fragen zu berücksichtigen sein werden. Wie ich schon gesagt habe, ist der Bau dieser Bahn sehr wichtig. Nun wird vielleicht jemand fragen, ja warum ist diese Bahn, wenn sie so wichtig ist, noch nicht gebaut worden? Nun das ist folgendem Umstande zu verdanken. Es war seinerzeit ein Projekt geplant, das wir alle kennen, der Ausbau der Linie Wien—Novi, und in dieses Projekt fiel die Teilstrecke nach Gleichenberg. Nun hat sich hier ein Streit ergeben zwischen Feldbach und Fehring, über welchen dieser Orte die Bahn gebaut werden sollte. Dieses Projekt ist aber infolge des Umsturzes fallen gelassen worden und es kommt heute nur mehr die Teilstrecke Gleichenberg—Halbenrain—Radkersburg in Betracht. Der Bau der Bahn von Feldbach ist jetzt gesichert, zumal schon eine Strecke von zirka 7 Kilometer abzweigend vom Feldbacher Bahnhofe ausgebaut ist, und zwar während der Kriegszeit vom Militär und der Bauleitung Feldbach. In diese Teilstrecke ist schon zirka eine halbe Million hineingebaut worden. Dieser Betrag wäre aber unverzinslich angelegt und kann sich selbstverständlich nicht verzinsen, wenn die Bahn nicht ausgebaut wird. Es ist also ein sehr wichtiger Grund, daß durch den Ausbau der Linie das in diese Strecke investierte Kapital, welches jetzt gleichsam tot liegt, einer Verzinsung zugeführt wird. Wie soll nun der Ausbau der Bahn erfolgen? Für den Kurort Gleichenberg ist der Ausbau der Bahn eine Lebensfrage. Wichtig ist auch der Ausbau in das Murtal hinein; denn das wäre eine Verbindungslinie zwischen dem Murtales und Raabtales und würde die fruchtbaren Gegenden des Stradner-, Gleichenberger- und Gnasertales durchschneiden, welche bis jetzt unter den Verkehrsschwierigkeiten viel zu leiden haben. Nach dem Gutachten von Fachmännern, die bei der Kommission erschienen sind, ist die Rentabilität dieser Bahn nicht in Frage gestellt, zumal wenn die Bahn mit dem Anschluß an das Murtal ausgebaut wird. Wie anders wäre es jetzt, wenn die Bahn schon ausgebaut wäre, denn wir wissen, daß infolge des Umsturzes die Bahn Radkersburg—Spielfeld für unsere Leute sehr schwer zu benützen ist, da da fortwährend mehr Hemmungen

emporkommen, so daß der Verkehr sehr erschwert ist und die Leute von Radkersburg und Halbenrain den weiten Umweg über Feldbach machen müssen, um in ihre Heimat zu kommen. Wichtig ist die Bahn auch für die Zukunft, denn wir wissen ja, daß die Mur die Grenze von Deutschösterreich ist und wenn im Laufe der Zeiten, vielleicht über der Mur in Jugoslawien ein Rummel los ist, so ist gerade die Strecke Radkersburg—Spielfeld immer wieder gefährdet und daher ist es gewiß vom größten Vorteil, wenn wir eine Bahn haben, die direkt durch das Hinterland zu diesem Gebiet führt und das wäre die Bahn Feldbach—Gleichenberg—Halbenrain. Aus vorstehendem geht hervor, daß die Bahn wirklich eine Notwendigkeit ist; die Finanzierung wird wohl auch möglich sein, nachdem ja doch vom Staatsamt für Verkehrswesen zugesichert wurde, wenn auch ein schriftliches Versprechen nicht vorliegt, 6.000.000 K zu leisten, und die interessierte Stadtgemeinde sowie der Bezirk, der Aktienverein in Gleichenberg und die Gemeinde Gleichenberg werden ihre seinerzeit nominierten Beträge auch erhöhen, nachdem ja auch heute der Bau der Bahn gewiß um so vieles mehr kosten wird, als der seinerzeit in Aussicht genommene Betrag.

Ich stelle daher den Antrag, das hohe Haus wolle dem Antrage des vereinigten Finanz- und Eisenbahnausschusses zustimmen, welcher lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Die Weiterführung des Bahnbaues Feldbach—Gleichenberg—Halbenrain—Radkersburg hat unter allen Umständen zu erfolgen. Der Landesrat wird beauftragt, die Frage zu studieren, ob es für das Land vorteilhafter sei, diesen Bahnbau als eine Landesbahn oder durch Gründung einer Aktiengesellschaft, bei welcher das Land sich den maßgebenden Einfluß vorzubehalten hat, auszubauen.

Die zu diesem Baue erforderlichen Mittel wären im Voranschlage 1920 in der außerordentlichen Gebahrung einzustellen.“

Abgeordneter **Fasching**: Hohes Haus! Der Originalantrag verlangte, daß für den Bau der Bahn der Betrag von 4.000.000 K aus Landesmitteln gewährt werde, und zwar unter der Voraussetzung, daß den größten Teil des Aufwandes der Staat für den Bahnbau beiträgt. Dieser Betrag war ja auch vom Staate zugesichert beziehungsweise von dem ehemaligen Staatssekretär Dr. Schumpeter. Inzwischen haben wir einen anderen Staatssekretär für Finanzen, von dem eine solche Zusicherung nicht vorliegt und würde der Betrag nicht flüssig gemacht werden, so würden wir vielleicht gezwungen sein, den Leidensweg von vorneherein zu beginnen. Deshalb bin ich im Ausschusse

dafür eingetreten, daß diese Bahn als Landesbahn gebaut wird, oder von einer Aktiengesellschaft unter den Auspizien des Landes. Infolge der Wichtigkeit der Bahn, da sie uns mit Kroatien sowohl in wirtschaftlicher als politischer Beziehung verbindet, und gewiß rentabel ist, erlaube ich mir nochmals, nachdem der Antrag auch im Ausschusse den lebhaftesten Anklang fand, die Herren im hohen Hause zu erjuchen, den Antrag anzunehmen.

Landeshauptmann: Der Herr Berichterstatter wünscht kein Schlußwort zu nehmen, ich schreibe daher zur Abstimmung.

(Der Antrag des vereinigten Finanz- und Eisenbahnausschusses wird einstimmig angenommen.)

Herr Abgeordneter Ritter ist Berichterstatter zum

mündlichen Bericht des vereinigten Finanz- und Eisenbahnausschusses über den Antrag der Abgeordneten Gäß, Ritter, Prisching und Genossen, Beilage Nr. 177, auf Vermehrung des Wagenparkes der Strecke Kapfenberg—Au-Seewiesen der steirischen Landesbahnen.

Berichterstatter des vereinigten Finanz- und Eisenbahnausschusses **Ritter** (von der Rednerbühne): Es liegt ein Antrag, Beilage Nr. 177, vor, über welchen mir die Berichterstattung übertragen wurde.

Der vereinigte Finanz- und Eisenbahnausschuß hat über den Antrag der Abgeordneten Gäß und Genossen, auf Vermehrung des Wagenparkes der Strecke Kapfenberg—Au-Seewiesen der steirischen Landesbahnen, beraten. Die Begründung des Antrages lautet (liest):

Die steirischen Landesbahnen, besonders die Flügelbahn Kapfenberg—Au-Seewiesen leidet empfindlichen Mangel an Wagen, der sich namentlich während des Sonn- und Feiertagsverkehrs fühlbar macht. Es handelt sich dabei um wichtige Verkehrs- und auch Fremdenverkehrsgebiete, die darunter leiden.

Mit zunehmender Besserung der allgemeinen Lage, die wir ja erhoffen, werden wir der Hebung des Fremdenverkehrs wieder unser Augenmerk zuwenden müssen."

Der Antrag, wie er im Sinne der Antragsteller vom vereinigten Finanz- und Eisenbahnausschuß genehmigt wurde, lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landesrat wird beauftragt, beizeiten dafür Sorge zu treffen, daß der Wagenpark auf den steirischen Landesbahnen, insbesondere auf der Strecke

Kapfenberg—Au-Seewiesen, baldigst ergänzt werde."

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Landesrat Dr. Klusmann: Ohne daß ich den Antrag, der gestellt worden ist, vereiteln möchte, muß ich doch erwähnen, daß das Landes-Eisenbahnamt über meinen Antrag damals, als der Antrag eingebracht wurde, sofort die Erhebungen bei der Betriebsdirektion der Südbahn in Wien gepflogen hat, ob diese eintreten würde, jetzt Wagen zu bestellen. Wir erhielten darauf eine Antwort, welche vielleicht von Interesse sein wird, wenn das hohe Haus davon Kenntnis nimmt. Ich werde sie nur der Hauptsache nach zur Verlesung bringen (liest):

„Bis jetzt wurde mit Rücksicht auf die noch immer herrschenden unleidlichen Verkehrsverhältnisse von einer Erneuerung des Antrages Abstand genommen."

Es wurde nämlich ein Antrag seitens der Südbahndirektion eingebracht, welcher jedoch vom Landesausschuße unter dem 23. Juli beziehungsweise 14. September 1914 infolge der inzwischen eingetretenen Kriegseignisse abgelehnt wurde, und dann heißt es weiter (liest):

„und besteht auch derzeit noch kein Bedürfnis, die angeregte Verstärkung des Wagenparkes durchzuführen, weil infolge der durch die Kohlennot bedingten einschneidenden Einschränkungen im Personen- und Güterverkehr, sowohl auf den Haupt- als auch Lokalbahnen, von einem Mangel an Wagen auf der Landesbahn Kapfenberg—Au-Seewiesen nicht die Rede sein kann."

Zur Bewältigung des Personenverkehrs im verflossenen Sommer wurde mit dem jetzigen Stande an Personenwagen unter Heranziehung von mit Sitzbänken eingerichteten, gedeckten Güterwagen bei stärkerer Frequenz das Auslangen vollkommen gefunden, und zwar umsomehr, als die Wallfahrertransporte im Vergleiche zur Vorkriegszeit eine bedeutende Abnahme zu verzeichnen hatten.

Auch der derzeit vorhandene Güterwagenpark genügt zur glatten Abwicklung des Güterverkehrs.

Auf Grund der vorstehenden Ausführungen sowie insbesondere in Anbetracht der dormalen außergewöhnlich hohen Anschaffungskosten können wir von einer Vermehrung des Wagenparkes vorläufig nur abraten, wir werden jedoch nicht ermangeln, sobald nach Beseitigung der Kohlenmisere und anderen, den Verkehr auf den deutschösterreichischen Bahnen hemmenden Ursachen die Zunahme der Personen- und Gütertransporte auf der mehrerwähnten Lokalbahn die Verstärkung des Wagenmaterials unbedingt erfordern sollte,

auf die gegenständliche Angelegenheit zum gegebenen Zeitpunkt zurückzukommen."

Aus dieser Zuschrift ist ersichtlich, daß die betriebführende Südbahn vorläufig von einer Vermehrung des Wagenparkes abräät. Selbstverständlich wird diese Vermehrung des Wagenparkes sofort eintreten, wenn die Verhältnisse sich einigermaßen gebessert und wir Aussicht haben, ohne abnorm große Kosten diesem Wunsche der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Sie können überzeugt sein, daß der Landesrat und das Eisenbahnamt jedenfalls diesen Zeitpunkt wahrnehmen wird, um sofort nachher dem im Antrage vorgebrachten Wunsche Rechnung zu tragen.

Landeshauptmann: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Ritter: Auf die Ausführungen des Herrn Landesrates Dr. K l u s e m a n n möchte ich nur erwidern, daß daraus auch hervorgeht, daß die Vermehrung des Wagenparkes doch notwendig ist, da ja eine Hebung des Fremdenverkehrs und der Wallfahrerzüge für die nächste Zeit doch wieder zu erwarten ist, und dann ist der Antrag so allgemein gehalten, da es ja nur heißt, der Landesrat wird beauftragt be i z e i t e n dafür Sorge zu tragen, daß der Wagenpark ergänzt werde. Es pressiert also die Sache ja nicht.

Landeshauptmann: Ich bringe nunmehr den Antrag des vereinigten Finanz- und Eisenbahnausschusses zur Abstimmung.

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Punkt 13 der Tagesordnung wird auf die nächste Sitzung verlagert, weil der Berichterstatter Herr Abgeordneter R u s c h a k nicht anwesend ist.

Wir kommen zum Punkt 14:

Mündlicher Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Kaufmann, Köbl, Zsch, Rudel-Zeynek und Genossen, Beilage Nr. 236, betreffend die Bewilligung der 50prozentigen Fahrpreisermäßigung für Lehrpersonen und Religionslehrer mittels Legitimationen.

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Marianne Kaufmann.

Berichterstatterin des Unterrichtsausschusses **Kaufmann** (von der Rednerbühne): Der Unterrichtsausschuß hat mich beauftragt über die Beilage Nr. 236, Antrag der Abgeordneten Kaufmann, Köbl, Zsch, Rudel-Zeynek und Genossen, betreffend die Bewilligung der 50prozentigen Fahrpreisermäßigung für Lehrpersonen und Religionslehrer mittels Legitimationen zu berichten.

Der Unterrichtsausschuß hat sich mit diesem Antrage beschäftigt, hat demselben zugestimmt und bitte ich nun das hohe Haus ebenfalls diesen Antrag anzunehmen. Der Antrag lautet (liest):

„Die Landesregierung wird beauftragt, im Staatsamt für Verkehrswesen energisch dafür einzutreten, daß mit der Ausgabe der Legitimationen für die 50prozentige Fahrpreisermäßigung der Lehrpersonen an Volks- und Bürgerschulen sowie der Arbeitslehrerinnen und der Religionslehrer sofort begonnen werde.“

(Der Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

mündliche Bericht des Unterrichtsausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, womit § 1, Punkt 3 des Gesetzes vom 4. Juli 1919, L.-G.-Bl. Nr. 115, Beilage Nr. 266, betreffend das Diensteseinkommen der Volks- und Bürgerschullehrerschaft, ihre Versetzung in den Ruhestand und die Versorgung ihrer Hinterbliebenen, abgeändert wird.

Berichterstatterin ist gleichfalls Frau Abgeordnete Kaufmann.

Berichterstatterin des Unterrichtsausschusses **Kaufmann** (von der Rednerbühne): Ich habe zu berichten über die Beilage Nr. 266, Bericht des steiermärkischen Landesrates mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, womit § 1, Punkt 3 des Gesetzes vom 4. Juli 1919, L.-G.-Bl. Nr. 115, betreffend das Diensteseinkommen der Volks- und Bürgerschullehrerschaft, ihre Versetzung in den Ruhestand und die Versorgung ihrer Hinterbliebenen, abgeändert wird.

Der Antrag lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle das im Anhange folgende Gesetz, womit der § 1, Punkt 3 des Gesetzes vom 4. Juli 1919, L.-G.-Bl. Nr. 115, betreffend das Diensteseinkommen der Volks- und Bürgerschullehrerschaft, ihre Versetzung in den Ruhestand und die Versorgung ihrer Hinterbliebenen, abgeändert wird, beschließen.“

Ich bitte das hohe Haus diesem Antrag und dem vorgelegten Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Der Antrag des Unterrichtsausschusses und der von demselben vorgelegte Gesetzentwurf werden einstimmig angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

mündliche Bericht des Unterrichtsausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, womit einzelne Bestimmungen des Gesetzes vom 8. Februar 1869, L.-G.-Bl. Nr. 11, Beilage Nr. 267, betreffend die Schulaufsicht, abgeändert werden.

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Kaufmann.

Ich ersuche die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin des Unterrichtsausschusses Kaufmann (von der Rednerbühne): Beilage Nr. 267, Bericht des steiermärkischen Landesrates mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, womit einzelne Bestimmungen des Gesetzes vom 8. Februar 1869, L.-G.-Bl. Nr. 11, betreffend die Schulaufsicht, abgeändert werden. Der Antrag lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle das im Anhange folgende Gesetz, womit die §§ 28 und 41 des Gesetzes vom 8. Februar 1869, L.-G.-Bl. Nr. 11, betreffend die Schulaufsicht, abgeändert werden, beschließen.“

Ich bitte das hohe Haus, auch diesem Antrage zuzustimmen.

(Der Antrag des Unterrichtsausschusses sowie der Gesetzentwurf werden einstimmig angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

mündliche Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Wastian, Kölbl, Suppanz und Genossen, Beilage Nr. 272, in Betreff der Behandlung der deutschen aktiven Lehrerschaft der früher strittigen und nunmehr durch den Friedensvertrag von St. Germain jugoslawisch gewordenen Gebiete Untersteiermarks mit Ausnahme der Stadt Marburg a. d. D.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Peininger.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Unterrichtsausschusses Peininger (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Ich habe über Beilage Nr. 272, das ist über den Antrag der Abgeordneten Wastian, Kölbl, Suppanz und Genossen, in Betreff der Behandlung der deutschen aktiven Lehrerschaft der früher strittigen und nunmehr durch den Friedensvertrag von St. Germain jugoslawisch gewordenen Gebiete Untersteiermarks mit Ausnahme der Stadt Marburg a. d. D., zu berichten.

Der Unterrichtsausschuss hat sich mit dem Antrage in der gleichen Beilage eingehend befaßt und empfiehlt denselben zur Annahme.

(Der Antrag des Unterrichtsausschusses wird einstimmig angenommen.)

Landeshauptmann: Punkt 18 der Tagesordnung entfällt, da der Berichterstatter im Saale nicht anwesend ist. Es folgt der

mündliche Bericht des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses über den Antrag der Abgeordneten Pigl und Genossen, Beilage Nr. 200, betreffs Gewährung einer Subvention von 60.000 K zum Bau der Landauerbrücke im Gemeindegebiete Frauendorf-Unzmarkt.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Fröhlich, den ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses Fröhlich (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Ich habe zu berichten über Beilage Nr. 200, das ist über den Antrag der Abgeordneten Pigl und Genossen, betreffs Gewährung einer Subvention von 60.000 K zum Baue der Landauerbrücke im Gemeindegebiete Frauendorf-Unzmarkt.

Der vereinigte Finanz- und Landeskulturausschuss hat sich mit diesem Antrage eingehend beschäftigt und hat ihn in einer etwas geänderten Form zum Beschlusse erhoben; und zwar lautet der Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Den Gemeinden Unzmarkt und Frauendorf zum Neubaue der Landauerbrücke eine Subvention von 60.000 K zuzuweisen. Dieser Betrag ist im Voranschlage 1920 einzustellen.“

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

mündliche Bericht des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses über den Antrag der Abgeordneten Fasching und Genossen, Beilage Nr. 56, betreffend den Ausbau des Fahrweges, der vom Kurorte Gleichenberg über den Eichgraben durch Gossendorf führt und in die Bezirksstraße Klausen-Lödersdorf mündet, zur Bezirksstraße.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Fink.

Ich ersuche die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses Fink (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Ich habe Bericht zu erstatten zu Beilage Nr. 56, Antrag der Abgeordneten Fasching und

Genossen, betreffend den Ausbau des Fahrweges, der vom Kurorte Gleichenberg über den Eichgraben durch Gossendorf führt und in die Bezirksstraße Klausen-Lödersdorf mündet, zur Bezirksstraße.

Der Antrag des Ausschusses lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landesrat ist aufzufordern, den Bau dieser Straße im Einvernehmen mit dem Bezirksausschusse Feldbach zu studieren und dem Landtage über das Ergebnis Bericht zu erstatten.“

Ich erlaube mir, das hohe Haus zu bitten, diesen Antrag anzunehmen.

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Landeshauptmann: Zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung ist Herr Abgeordneter Gföller Berichterstatter. Der Herr Abgeordnete Gföller ist momentan nicht anwesend, wir werden daher später über diesen Punkt berichten.

Wir gelangen nunmehr zum nächsten Punkt der Tagesordnung, das ist der

mündliche Bericht des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses über den Antrag der Abgeordneten Tomaschitz, Tauschmann, Gölles, Riemer und Genossen, Beilage Nr. 104, betreffend die Inangriffnahme der notwendigen Uferschutzbauten am Rainachflusse in den Gemeinden Peggendorf und Zwaring.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Friepfinger.

Ich bitte die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses **Friepfinger** (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Die Abgeordneten **Tomaschitz, Tauschmann, Gölles, Riemer** und Genossen haben einen Antrag eingebracht, betreffend die Inangriffnahme der notwendigen Uferschutzbauten am Rainachflusse in den Gemeinden Peggendorf und Zwaring. Der Ausschuss hat sich mit dem Antrage beschäftigt und empfiehlt dem hohen Hause, folgenden Antrag anzunehmen (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landesrat wird aufgefordert, sofort alles zu veranlassen, damit die Ufersicherung am Rainachflusse, in den Gemeinden Peggendorf und Zwaring, eventuell nach unverzüglicher Feststellung im Einverständnisse mit dem Bezirks-Verwaltungsausschusse und dem Landesbauamte vorgenommen werde.“

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der **mündliche Bericht des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses über den Antrag der Abgeordneten Franz Thoma und Genossen, Beilage Nr. 207, betreffend die Durchführung der Vorarbeiten für den Straßenbau Donnersbach-Donnersbachwald.**

Berichterstatter ist Abgeordneter **Thoma**.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses **Thoma** (von der Rednerbühne):

Hohes Haus! Der vereinigte Finanz- und Landeskulturausschuss hat den in der Beilage Nr. 207 enthaltenen Antrag, der von mir gestellt wurde, betreffend die Durchführung der Vorarbeiten für den Straßenbau Donnersbach-Donnersbachwald zum Beschlusse erhoben und mich als Berichterstatter bestellt.

Ich empfehle dem hohen Hause die Annahme des Antrages. Der Antrag ist gleichlautend mit dem in der Beilage Nr. 207 enthaltenen Antrage.

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand ist der früher zurückgestellte

mündliche Bericht des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 255, betreffend Erhöhung der Löhne für die Vorarbeiter in den Landesforsten.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter **Gföller**.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses **Gföller** (von der Rednerbühne): Meine Damen und Herren! Dem vereinigten Finanz- und Landeskulturausschuss ist die Beilage Nr. 255 vorgelegen. Sie behandelt die Erhöhung der Löhne für die Vorarbeiter in den Landesforsten. Es ist beim Abschlusse des Vertrages mit dem Verbands der Forstarbeiter ein Versehen unterlaufen, so zwar, daß die Vorarbeiter den anderen Arbeitern gleichgestellt worden sind. Nachdem aber von diesen Vorarbeitern eine verantwortungsvollere Arbeit verlangt wird, war es notwendig, das zu reparieren und liegt der Antrag vor, die Löhne für die Vorarbeiter in den Landesforsten zu erhöhen. Der Finanzausschuss hat einstimmig beschlossen, dem Antrage zuzustimmen und ihn unverändert anzunehmen.

Landesrat Refel: Hohes Haus! In der letzten Sitzung des hohen Landtages wurde ein Antrag angenommen, in welchem die Landesregierung beziehungsweise der Landesrat aufgefordert wurde, die

Bezüge der landesforstlichen Arbeiter sowie deren Witwen und Waisen zu erhöhen. Ich habe bei der Verhandlung dieses Antrages darauf verwiesen, daß ein Antrag auf Erhöhung der Bezüge der Provisionisten und ihrer Angehörigen in Vorberatung ist und ich gestatte mit nun im Einvernehmen mit dem Landesrat folgenden Zusatzantrag zu dem in Verhandlung stehenden Antrage zu stellen (liest):

„Weiters werden mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1919 bis 31. März 1920 die monatlichen Teuerungszulagen für die vor dem 1. Jänner 1919 provisionierten Arbeiter und für die Witwen verdoppelt. Für die Arbeiterwaisen wird ein monatlicher Erziehungsbeitrag von 8 K für die Ganzwaisen und 4 K für die Halbwaisen bewilligt.“

Ich bitte die Herren, den Antrag anzunehmen. Wenn jemand darüber im Zweifel ist, ob es notwendig ist, den Antrag anzunehmen, so werden die Zweifel behoben sein, wenn ich einige Zahlen mitteile. Die Provision der Arbeiter beträgt 60 h bis 1 K 80 h pro Tag, die der Witwen 20 bis 80 h täglich; die bisher gewährten Teuerungszulagen betragen 12, 16, 18 und 24 K monatlich ab 1. März 1919. Es beruhen die Provisionen auf den früheren niederen Tageslöhnen der Vorkriegszeit. Aber auch die Teuerungszulagen entsprechen der enormen Steigerung aller Lebensartikel und Bedarfsartikel nicht. Infolgedessen habe ich mir gestattet, den Antrag zu stellen. Die Herren sehen aus den Ziffern, in welcher bedrängter Lage die Provisionisten der Landesforstarbeiter und die Witwen sich befinden. Ich will daher die Herren bitten, den Antrag anzunehmen.

(Der Antrag wird unterstützt.)

Landeshauptmann: Nachdem sich niemand mehr zum Worte meldet, erkläre ich die Debatte für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlusswort.

Berichterstatter Gföller: Der Zusatzantrag, den der Herr Landesrat Resel gestellt hat, ist vollauf berechtigt und anerkenne ich die Berechtigung desselben vollkommen. Ich möchte daher den Zusatzantrag als Berichterstatter zu meinem eigenen machen und Ihnen die Annahme auch dieses Zusatzantrages empfehlen.

Landeshauptmann: Ich schreibe zur Abstimmung und bringe zuerst den Antrag des Referenten zur Abstimmung.

(Der Antrag des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses wird einstimmig angenommen.)

Ich bringe nunmehr den Zusatzantrag des Herrn Landesrates Resel, den der Herr Berichterstatter

auch aufgenommen hat, zur Abstimmung.

(Der Zusatzantrag wird einstimmig angenommen.)

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der **mündliche Bericht des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 262, betreffend die Deckung allfälliger Verlagsabgänge bei den Fluß- und Bachregulierungsnotstandsbauten.**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter **Hartleb**. Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses **Hartleb** (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Ich habe zu berichten über Beilage Nr. 262, Bericht des steiermärkischen Landesrates, betreffend die Deckung allfälliger Verlagsabgänge bei den Fluß- und Bachregulierungs-Notstandsbauten. In der Begründung wird gesagt (liest):

„Laut Beschluß der provisorischen Landesversammlung vom 29. April 1919 wurde für die als Notstandsbauten beantragten Fluß- und Bachregulierungen für das Jahr 1919 ein Gesamtkredit von 1.000.000 K bewilligt, wovon für die geplanten Notstandsbauten bei der Mur und Enns 400.000 K, für die übrigen Flußbauten 600.000 K bestimmt waren. Von diesem Gesamtkredite wurden dem Landesbauamte vom Landesrate zusammen 600.000 K als Bauverlag im Wege der Steiermärkischen Escomptebank flüssig gemacht. Nach dem Berichte des Landesbauamtes wird wegen der Verzögerung der erhofften Flüssigmachung der Staats- und Bezirksbeiträge sowie infolge der sprunghaft in die Höhe schnellenden Löhne und Materialpreise der diesem Umfange flüssig gestellte Bauverlag von 600.000 K in Wäldern erschöpft sein, so daß das Landesbauamt nicht in der Lage ist, die für die in Angriff zu nehmenden Bauten notwendigen Baumaterialien sicherzustellen.“

Der Antrag des Landesrates, über den der vereinigte Finanz- und Landeskulturausschuß beraten und den er angenommen hat, lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Dem Landesbauamte ist zur Sicherstellung der für die Fluß- und Bachregulierungs-Notstandsbauten erforderlichen Baumaterialien ein weiterer Betrag im Höchstausmaße des bewilligten Kredites von 400.000 K für die geplanten Notstandsbauten an der Mur und Enns, insofern dieser Kredit noch unverwendet ist, gegen seinerzeitige Rückerstattung aus den Staats- und Bezirksbeiträgen zur Verfügung zu stellen.“

Nachdem die Preise der Baumaterialien, wie allgemein bekannt ist, von Woche zu Woche sprunghaft in die Höhe gehen, glaube ich, daß es von Vorteil für das Land ist, wenn ehemöglichst an die Beschaffung der Baumaterialien geschritten werden kann. Deshalb ersuche ich, den Antrag anzunehmen.

(Der Antrag des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses wird einstimmig angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

mündliche Bericht des vereinigten Landeskultur- und Gemeindeausschusses über den Antrag der Abgeordneten Kamillo Kurz und Genossen, Beilage Nr. 118, betreffend die Verlängerung der Rekursanmeldefrist und der Rekursausführung bei Verhängung von Strafen seitens der politischen Behörden.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Fink.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des vereinigten Landeskultur- und Gemeindeausschusses **Fink** (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Ich habe zu berichten über Beilage Nr. 118, Antrag der Abgeordneten Kamillo Kurz und Genossen, betreffend die Verlängerung der Rekursanmeldefrist und Rekursausführung bei Verhängung von Strafen seitens der politischen Behörden.

Dieser Antrag wurde dem vereinigten Landeskultur- und Gemeindeausschusse zugewiesen und dieser hat folgenden Antrag formuliert (liest):

„Der Landtag wolle beschließen:

Die Befristung zur Anmeldung und Ausführung der Rekurse ist bei politischen Strafen auf 8 beziehungsweise auf 30 Tage zu erstrecken.“

Ich empfehle den Antrag dem hohen Hause zur Annahme.

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung entfällt, da der Berichterstatter im Saale nicht anwesend ist.

Es folgt der

mündliche Bericht des vereinigten Landeskultur- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Riegler, Prisching, Ritter und Genossen, Beilage Nr. 101, wegen Lieferungsanschreibungen bei der österreichischen Staatsbahndirektion.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Riegler.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des vereinigten Landeskultur- und volkswirtschaftlichen Ausschusses **Riegler** (von der Rednerbühne): Hoher Landtag! Ich habe zu berichten über Beilage Nr. 101, das ist über den Antrag der Abgeordneten Riegler, Prisching, Ritter und Genossen wegen Lieferungsanschreibungen bei der österreichischen Staatsbahndirektion. Dieser Antrag wurde schon im Juli eingebracht und ist durch einen Verstoß bis zur jetzigen Tagung zurückgeblieben. Namens des vereinigten Landeskultur- und volkswirtschaftlichen Ausschusses beehre ich mich, folgenden Antrag zur Beschlußfassung zu empfehlen (liest):

„Der hohe Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird ersucht, beim Staatsamt für Verkehrsweisen zu fordern:

1. daß die Vergebung sämtlicher Handwerkerarbeiten, der Bedarf an Rohstoffen, Schnittmaterialien und Lärchenhölzer für die deutschösterreichischen Staatsbahnen bei den Direktionen in Villach, Linz und Innsbruck wie bisher auch fernerhin zur Ausschreibung gelangen;

2. daß der Rinden- und Lohverkehr vollständig freigegeben und die Unterbindung durch eine neuerliche Zentrale ausgeschaltet wird.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Landeshauptmann: Es kommt noch Punkt 28 zur Beschlußfassung, welcher noch in der Ausschußsitzung beraten wird und dessen Berichterstatter noch in der Ausschußsitzung ist. Ich möchte die Zwischenzeit ausnützen, um die

Tagesordnung

für die nächste Sitzung, welche am Donnerstag, den 4. Dezember 1919, um 4 Uhr nachmittags, stattfindet, bekanntzugeben:

1. Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Eisenbahnausschusses über den Antrag der Abgeordneten Rujchak, Primus, Saringer, Eiselberger und Genossen, Beilage Nr. 120, betreffend Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der mit Ruhegenüssen beteiligten Arbeiter und Bediensteten aller Landesbahnen.

2. Mündlicher Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Nemec und Genossen, Beilage Nr. 240, betreffend die Errichtung einer gemischtklassigen Bürgerschule in Kapfenberg.

3. Mündlicher Bericht des vereinigten Landeskultur- und Gemeindeausschusses über den Antrag der Abgeordneten Hammerstorfer, Suppanz und Genossen, Beilage Nr. 198, auf Aufhebung der Dienst-

botenordnung und Schaffung einer Arbeitsordnung für die in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen für das Land Steiermark.

4. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Peinfinger, Kurf, Weingärtner und Genossen, Beilage Nr. 126, betreffend die Trennung der Gemeinde Krottendorf.

5. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Schifko und Genossen, Beilage Nr. 223, betreffend die Abstellung von Unbeständen bei der politischen Verwaltung im Verkehre mit den Gemeinden.

6. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Rudel-Jeynek, Kaufmann und Genossen, Beilage Nr. 209, betreffend die Erlassung einer Dienstbotenordnung.

7. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Dr. Dantine, Waffian, Dr. Klusmann und Genossen, Beilage Nr. 270, wegen gnadenweiser Nachsicht politischer Strafen.

8. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Anfrage des Kreisgerichtes Leoben, Abteilung IX, vom 7. November 1919, Zl. Vr IX 1125/19, betreffend die Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Anton Pichler, wegen Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit.

9. Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses über den Antrag der Abgeordneten Tomaschitz, Riemer, Gassl, Lang und Genossen, Beilage Nr. 276, wegen Flussregulierung und Verbesserungen im Lafnitz- und Stainztale der Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg.

10. Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses über den Antrag der Abgeordneten Weingärtner, Hagenhofer, Huber und Genossen, Beilage Nr. 80, betreffend die Wildbachverbauung des Lafnitz-, Feistritz-, Schäfer- und Pingaubaches.

11. Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses über den Antrag der Abgeordneten Weingärtner, Steinberger, Huber und Genossen, Beilage Nr. 193, betreffend Uferschutzbauten des Lafnitzbaches in den Bezirken Vorau, Friedberg und Hartberg.

12. Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses über den Antrag der Abgeordneten Fink, Friedl, Stocker und Genossen,

Beilage Nr. 221, betreffend Straßenbau zwischen den Bezirksstraßen Riegersburg—Ilz und Feldbach—Hartmannsdorf.

13. Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses über den Antrag der Abgeordneten Fajching, Fink und Genossen, Beilage Nr. 225, betreffend die Übernahme des Steinbruches in Mühlendorf durch das Land Steiermark.

14. Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 263, betreffend Teilregulierungen an der Raab.

15. Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 185, betreffend das Ansuchen des Verwaltungsausschusses des Bezirkes Umgebung Graz in Angelegenheit der Übernahme der Bezirkswinterschule in Andritz als Landesanstalt.

16. Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 259, in Angelegenheit der Ennsregulierungsarbeiten bei Tunzendorf.

17. Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses über den Antrag der Abgeordneten Gassl, Lang, Göllitz, Riemer und Genossen, Beilage Nr. 203, wegen Errichtung einer landwirtschaftlichen Winterschule in Schwanberg.

18. Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses über den Antrag der Abgeordneten Zach, Schifko, Paul und Genossen, Beilage Nr. 154, betreffend den Ausbau des 4 Kilometer langen Fahrweges, welcher von der Bezirksstraße Premstätten—Forst über die Ortschaften Bierbaum, Laa, Zettling und im Gradenfeld in die Bezirksstraße Abtiffendorf—Wundschuh mündet, zur Bezirksstraße.

19. Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 261, betreffend den Bau einer Bezirksstraße 2. Klasse von Oberhaag nach St. Johann i. S. im Bezirke Arnfeld.

20. Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses über den Antrag der Abgeordneten Riegler, Hartleb, Gassl und Genossen, Beilage Nr. 239, auf Errichtung einer Winterschule in Neumarkt.

21. Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Landeskulturausschusses über den Bericht des steier-

märkischen Landesrates, Beilage Nr. 260, betreffend die Murregulierung.

22. Mündlicher Bericht des gemeinsamen Landeskultur- und Gemeindeausschusses über den Antrag der Abgeordneten Kratochwill, Gaf, Rudel-Jeynek und Genossen, Beilage Nr. 246, betreffend Erwerbung der Heimatszuständigkeit und Ankaufsrecht auf Bauernwirtschaften durch Berufsmilitärpersonen.

23. Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Antrag der Abgeordneten Kaufmann, Rudel-Jeynek, Steinberger und Genossen, Beilage Nr. 212, betreffend die Errichtung einer Gartenbauschule in Steiermark.

24. Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Bericht der Kommission, Beilage Nr. 292, zur Überprüfung der Gebarung der Forstverwaltung in Angelegenheit des mit der Österreichischen Wald- und Holzindustrie-Aktiengesellschaft, Filiale Graz, abgeschlossenen Abstockungsvertrages.

25. Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Landtagsabgeordneten Dr. Klusemann, Fasching, Holzer und Genossen, Beilage Nr. 3, betreffend ehesten Abbau der bestehenden Kriegszentralen.

26. Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Franz Pichler und Genossen, Beilage Nr. 15, betreffend die Vereinigung der Grenzgebiete Westungarns mit Steiermark.

27. Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Hartleb, Thoma, Schreckenthal, Riegler und Genossen, Beilage Nr. 283, wegen Abschaffung der Lederzentrale beziehungsweise Freigabe der Ledergerbung für die Häute aus Haus- und Nottschlachtungen.

28. Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Olga Rudel-Jeynek und Genossen, Beilage Nr. 295, betreffend das Goldaufkaufunwesen und die damit verbundene Verschleppung dieses wichtigsten Zahlungsmittels.

29. Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Rudel-Jeynek und Genossen, Beilage Nr. 70, über Information der Frauen, betreffend die Tätigkeit der Behörden und das Wirtschaftsleben.

30. Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Kölbl, Graupp, Siegl und Genossen, Beilage Nr. 237, betreffend die Einleitung einer Bekleidungs-

aktion für die von den Jugoslawen besetzt gewesenen Ortschaften des Bezirkes Radkersburg.

31. Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Trippertinger und Genossen, Beilage Nr. 247, betreffend die Umänderung des Verggesezes.

32. Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Paul, Riegler, Stocker, Gafsl und Genossen, Beilage Nr. 96, betreffend die Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung aller Anträge bezüglich Straßenbauten.

33. Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Franz Fasching und Genossen, Beilage Nr. 218, betreffend die Überführung der Demobilisierungspferde in das Eigentum der Besitzer solcher Pferde.

34. Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Gaf, Riegler und Genossen, Beilage Nr. 288, betreffend die Verwertung der Wörtschacher und Admonter Moore zu Heilzwecken in Verbindung mit dem Wörtschacher Schwefelbade.

35. Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Gaf, Riegler, Kratochwill, Beilage Nr. 289, betreffend das Kohlen säurebad Heilbrunn bei Mitterndorf im steirischen Salzkammergut.

36. Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Fasching, Fink und Genossen, Beilage Nr. 224, betreffend den Verkauf der Baracken des Lagers Feldbach.

37. Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Lang, Paul und Genossen, Beilage Nr. 281, betreffend Eröffnung des Südfeldes der Eibiswalder Glanzkohlenwerke behufs besserer Kohlenversorgung von Steiermark.

38. Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Lang, Graupp, Gölles und Genossen, Beilage Nr. 282, betreffend Errichtung einer Postautomobilinie von Ehrenhausen—Leutschach—Ansfels—Oberhaag über Eibiswald nach Bahnhof Wies.

39. Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Petition Nr. 36 der Bundesleitung des steirischen Heimkehrerbundes in Graz, um Unterstützung der berechtigten Forderungen und Wünsche des Heimkehrerbundes.

40. Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 211, über den Ausbau der steirischen Wasserkräfte.

41. Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 254, über die Gründung der „Alpenländischen Torfindustriegesellschaft“ und den Beitritt des Landes als Mitglied dieser Gesellschaft.

42. Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Leichin und Genossen, Beilage Nr. 285, betreffend die Errichtung eines Wirtschaftsamtcs zur Versorgung sämtlicher Landesanstalten mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln.

43. Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 146, betreffend die Subventionierung des steirischen Siedlungswerkes.

44. Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz-, Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Fink, Friedl und Genossen, Beilage Nr. 197, betreffend Zuwendung einer Subvention für den Bau einer Wasserleitung in Unterfang.

45. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 184, mit Vorlage eines Gesetzesentwurfes, betreffend die Einhebung einer Landesabgabe von öffentlichen Vorführungen und Tanzunterhaltungen (Lustbarkeitsabgabe), Beilage Nr. 302.

46. Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz-, Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 250, betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die Einhebung von Gemeindeabgaben für öffentliche Vorführungen und Tanzunterhaltungen (Lustbarkeitsabgabe) durch die Gemeinden.

47. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Jach, Herzog, Böller und Genossen, Beilage Nr. 277, betreffend Einführung von Umkleetagen in Nestelbach, Stiwoll und Kumberg.

48. Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Unterrichtsausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 227, betreffend die Gewährung eines Beitrages zur Ausgestaltung der Staatsgewerbeschule in Graz.

49. Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Unterrichtsausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 233, betreffend die Übernahme der Permanenten Lehrmittelausstellung Graz in den Besitz und die Verwaltung des Landes Steiermark.

50. Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Unterrichtsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Kaufmann, Lang, Möstl, Kölbl und Genossen, Beilage Nr. 238, betreffend die Erhöhung der Vergütungskosten für Mitglieder der Bezirksschulräte anlässlich ihrer Teilnahme an den Bezirksschulratssitzungen.

51. Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Unterrichtsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Josef Stameß und Genossen, Beilage Nr. 235, betreffend Einreihung des Marktes Eggenberg hinsichtlich des Diensteseinkommens der Volksschullehrerschaft in die I. Diensteszulagenklasse, und zu Beilage Nr. 280, Antrag Kaufmann und Genossen, betreffend die Einreihung verschiedener Orte hinsichtlich des Diensteseinkommens der Volks- und Bürgerschullehrer in die I. Diensteszulagenklasse.

52. Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Unterrichtsausschusses über die Petition Nr. 39 der evangelischen Gemeinde Graz um Unterstützung ihrer Schule.

53. Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Unterrichtsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Rudel-Zeynek, Kratochwill, Kaufmann, Siegl und Genossen, Beilage Nr. 286, betreffend die Errichtung von Kursen für den Unterricht im Schreiben mit der linken Hand.

Ich behalte mir mit Ermächtigung des hohen Hauses vor, noch weitere Berichte, die einlangen, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. (Nach einer Pause.) Es wird kein Widerspruch dagegen erhoben. Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß wird nun Bericht erstatten über

Beilage Nr. 293, Bericht des steiermärkischen Landesrates, betreffend die formelle Behandlung von Landtagsbeschlüssen.

Berichterstatter des Gemeinde- und Verfassungsausschusses Dr. Dantine (von der Rednerbühne): Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß ist jetzt während der Sitzung des Hauses zur Beratung der Beilage Nr. 293 zusammen getreten, weil diese Angelegenheit eine äußerst dringliche ist, da die Frist am 3. Dezember zur Verabschiedung dieses Gegenstandes abläuft und wir bis dahin eine Sitzung des Hauses nicht mehr haben werden. Da nicht alle Mitglieder des Gemeinde- und

Verfassungsausschusses im Hause anwesend waren, hat man sich damit geholfen, daß aus den betreffenden Parteien Ersatzmänner beigezogen wurden. In dieser nicht der ursprünglichen Wahl im Hause entsprechenden Zusammensetzung hat der Verfassungs- und Gemeindeausschuß den Gegenstand behandelt. Ich möchte zunächst, um der Sache eine gesetzmäßige Grundlage zu geben, den Landeshauptmann bitten, durch Umfrage im Hause festzustellen, ob ein Einwand dagegen erhoben wird, daß der Gemeindeausschuß in dieser nicht ganz regelmäßigen Weise zusammengekehrt war.

Landeshauptmann: Ich frage das Haus, ob ein Einwand dagegen erhoben wird. (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall.

Berichterstatter Dr. Dantine: Hohes Haus! Was die Sache selbst anlangt, handelt es sich um einen Gesetzentwurf, den wir am 4. Juli dieses Jahres hier im Hause entsprechend der Beilage Nr. 44 des stenographischen Protokolles beschlossen haben und welcher die formelle Behandlung von Landtagsbeschlüssen zum Gegenstande hatte. Gegen diesen Beschluß hat die Staatsregierung die Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof eingebracht, weil sie der Meinung ist, daß damit die Rechte der Staatsregierung, die ihr auf Grund sowohl der alten Verfassung, als auch der Verfassungsgesetze der Republik zustehen, dadurch eingeengt würden. Es ist zu einer Verhandlung über diesen Gegenstand am 20. November vor dem Verfassungsgerichtshof gekommen. Bevor aber die Sache zu einer formellen gerichtlichen Austragung kam, wurden in sehr entgegenkommender Weise von Seiten der Staatsregierung Vorschläge gemacht, um die Angelegenheit im Ausgleichswege zu bereinigen. Das Ergebnis dieser Ausgleichsvorschläge ist der Gesetzentwurf, wie Sie ihn jetzt in Beilage Nr. 293 abgedruckt sehen. Ich möchte das hohe Haus in dieser vorgerückten Stunde nicht damit aufhalten, die sehr eingehenden Begründungen, die der Landesrat in der Beilage seinem Antrag beigibt, im einzelnen zu besprechen, zumal es sich der Hauptsache nach um juristische Feinheiten handelt, die sich einer Darlegung in wenigen Worten wohl entziehen. Wir haben uns im Verfassungsausschuß auf den Standpunkt gestellt, daß die Rechte, welche der Landtag für sich in dieser Angelegenheit in Anspruch nehmen muß, auch nach dem Gesetzentwurf, wie er hier vorliegt, hinreichend gewahrt sind. Insbesondere haben wir uns gesagt, daß die Neuordnung unseres Verfassungslebens, insbesondere die Neuordnung des Verhältnisses zwischen den Ländern einerseits und dem Staat andererseits ja in nächster Zeit bevorsteht. Wichtig ist es vor allem für

die nächste Zeit noch die gesetzlichen Bestimmungen, die aus der Zeit der Monarchie bestehen, soweit einzuordnen und in Ordnung zu bringen, daß wir doch eine ordnungsmäßige gesetzliche Grundlage für die Behandlung der betreffenden durchwegs sehr wichtigen Gegenstände haben. Dabei spielt es aber keine so ausschlaggebende Rolle, ob für dieses halbe Jahr dieses Verfassungsweesen wirklich neu geregelt ist, also die Grenzen der Ländergewalt etwas weiter oder enger gezogen sind. Es handelt sich bei der ganzen Sache doch nur eigentlich um ein Provisorium. Ich bitte also jene Mitglieder des hohen Hauses, die sich für die Einzelheiten der Sache interessieren, die Begründung in Beilage Nr. 293 zu studieren und zu entschuldigen, wenn ich von einer umständlichen juristischen Ausführung hier Umgang nehme. Ich glaube auch die Verlesung des Gesetzentwurfes unterlassen zu können, da er ja gedruckt allen Mitgliedern vorliegt, und wiederhole nur, daß ein großer Teil der Beschlüsse, die dem Landtage in Angelegenheit der Gemeindeverwaltung vorbehalten sind, in den unbestritten selbständigen Wirkungskreis des Landtages gestellt ist, die Zustimmung der Staatsregierung aber im wesentlichen nur für jene Fälle vorbehalten ist, bei denen sie, so lange das bisherige System der öffentlichen Abgaben noch besteht, wohl etwas für sich hat. Denn es ist einleuchtend, daß, solange autonome Körperschaften im wesentlichen auf Umlagen angewiesen sind und die ganze Steuerhoheit beim Staate liegt, es nicht angeht, daß jede Gemeinde ohne Zustimmung des Landtages weitgehende Verfügungen auf dem Gebiete des Steuerwesens trifft, wodurch dann die staatliche Gesetzgebung auf das Nachteiligste berührt erscheint. Der Ausschuß beantragt also, das hohe Haus möge den Antrag mit dem Gesetzentwurf, wie er in der Beilage Nr. 293 vorliegt, annehmen. Zugleich aber hat es der Ausschuß für zweckmäßig erachtet, dem hohen Landtage nachstehende Entschließung zu empfehlen (liest):

„Zugleich erklärt der Landtag, daß durch die vorliegende Abänderung des Gesetzentwurfes vom 4. Juli 1919, Beilage Nr. 44, der bevorstehenden Verfassungsneugestaltung nach keiner Richtung vorgegriffen werden soll.“

Das ist eine Rechtsverwahrung, durch die wir nur zum Ausdruck bringen wollen, daß das, was wir jetzt beschließen, eine Anpassung des alten Rechtszustandes ist, wie wir ihn aus der Monarchie übernommen haben, an die jetzt bestehenden Verhältnisse, aber nicht etwa ein erster Baustein zur neuen Verfassungsgestaltung. Mit der Neugestaltung hat dieser Antrag nichts zu

tun, weshalb keine Partei dieses Hauses sich in der Richtung bindet, daß sie, wenn es sich um die Neugestaltung handelt, je nach ihrer Auffassung einen mehr zentralistischen oder föderalistischen Standpunkt einnehmen wird, als er in dem vorliegenden Antrage zu Geltung kommt. Diese Rechtsverwahrung schien dem Ausschusse, wenn auch nicht notwendig, so doch zweckmäßig. Ich beantrage daher die Annahme des Antrages mit der Zusatzentschließung, die ich soeben verlesen habe, und des vorgelegten Gesetzentwurfes.

(Die Anträge des Gemeinde- und Verfassungsausschusses mit der Entschließung sowie der vorgelegte Gesetzentwurf werden ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Landeshauptmann: Der kombinierte Finanz- und Landeskulturausschuß hält Mittwoch um 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab; der kombinierte Finanz- und Unterrichtsausschuß hält gleichfalls Mittwoch um 3 Uhr nachmittags und der Landeskulturausschuß um 9 Uhr 15 Min. vormittags eine Sitzung ab.

Die nächste Haus-sitzung findet Donnerstag den 4. Dezember um 4 Uhr nachmittags statt.

Ich erkläre nunmehr die Sitzung für geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 4 Uhr 55 Minuten nachmittags.)

